

03.09.2024

Antrag

der Fraktion der SPD

Mehr Entschlossenheit und Kontinuität: Die Stärkung unserer Innenstädte und Ortszentren braucht eine Perspektive

I. Ausgangslage

Mit dem Landesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ hat die Landesregierung auf die unverändert sehr herausfordernde Lage der Städte und Gemeinden reagiert. Nach den Auswirkungen des Online-Handels, der durch die Corona-Pandemie noch verstärkt wurde, sowie vor dem Hintergrund eines grundlegenden urbanen Wandels unserer Städte, soll das Programm eine Hilfe zur Stärkung der Innenstädte und Ortszentren als multifunktionale Orte darstellen. Im Rahmen der Förderung wird die Situation von Kommunen, die von Filialschließungen großer Unternehmen betroffen sein können, besonders berücksichtigt. Die Entwicklung des Unternehmens Galeria Kaufhof Karstadt mit mehreren Standorten in Nordrhein-Westfalen, ist ein Beispiel dafür.

Das Programm wurde mit 35 Millionen Euro ausgestattet. Der Bewilligungs- und Durchführungszeitraum endet am 31. Dezember 2026. Die Praxis zeigt, dass die finanzielle Ausstattung des Programms vollkommen unzureichend ist:

Bis zur Antragsfrist am 15. Juni 2023 wurden zum Landesprogramm 272 Anträge aus 173 Kommunen mit einem Gesamtvolumen von 80,6 Mio. Euro zuwendungsfähigen Ausgaben (rd. 54 Mio. Euro beantragte Förderung) eingereicht. Das Programm war damit deutlich (um rund 19 Mio. Euro) überzeichnet. Um das vorhandene Förderbudget einzuhalten, wurden nur Anträge, die seitens der Kommunen mit Priorität 1 beantragt worden waren (zumeist die Zentren der Hauptorte), in das Programm aufgenommen. Im November 2023 wurden dann zuwendungsfähige Ausgaben in Höhe von rd. 53 Mio. Euro für 163 Kommunen in Nordrhein-Westfalen bewilligt. Das entspricht einer bewilligten Förderung in Höhe von rd. 35 Mio. Euro.

Dieses Budget bezieht sich auf den o.g. Bewilligungszeitraum von 2023 bis 2026 und einen Durchführungszeitraum von 2023 bis 2027.

II. Der Landtag stellt fest:

- Alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen brauchen eine planbare Hilfe bei der Überwindung der Krise von Innenstädten und Ortsteilzentren. Die ausstehenden und begonnenen Transformationsprozesse in den Kommunen zeigen, dass es weiterhin punktgenaue und nachhaltige Förderprogramme geben muss, die den urbanen Wandel der Innenstädte und Ortsteilzentren weiterhin aktiv unterstützt.
- Die vorgegebene Unterfinanzierung des Programms führt vor Ort zur Konkurrenz innerstädtischer Lagen verschiedener Prioritäten. In der Konsequenz werden in Folge der strukturellen Überzeichnung des Programms viele Ortszentren zu Gunsten der innerstädtischen A-Lagen nicht berücksichtigt. Belebte Ortszentren sind aber in der Wahrnehmung der Bürger ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität als „gute Stube“ des jeweiligen Stadtteils.
- Diese Systematik führt dazu, dass die innerstädtischen Standortwettbewerbe bei Einwohnern, Gewerbetreibenden und Immobilienbesitzern verschärft und die damit verbundenen Konflikte den Stadtverwaltungen aufgebürdet werden.
- Die Konzeption des Programms, dessen Mittel bereits heute vollständig gebunden sind, ist nicht nachhaltig und daher weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Das muss zu Gunsten einer dauerhaften Stärkung für alle Innenstädte und Ortsteilzentren in NRW geändert werden.
- Nordrhein-Westfalen braucht ein starkes und nachhaltiges Förderprogramm für die Krisen geschüttelten Innenstädte und Ortszentren, das finanziell wesentlich stärker ausstattet und dauerhaft werden muss.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- das Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ finanziell erheblich aufzustocken
- dafür u.a. auf die Selbstbewirtschaftungsmittel des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung zurückzugreifen
- im engen Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden das Förderprogramm konkret auf die Bedarfslagen im Land anzupassen
- das Programm nachhaltig zu gestalten, damit die hilfebedürftige Städten Planungssicherheit bei der Bewältigung der Leerstandkrise und des umfassenden Transformationsprozesses haben.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Sarah Philipp
Sebastian Watermeier

und Fraktion